

## ***EU und Kosovo - Perspektiven der europäischen Integration***

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion

Am Podium:

Wolfgang Petritsch, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, früherer österreichischer Botschafter in Belgrad

Dejan Anastasijević, Journalist, *Vreme*, Belgrad, und *Time Magazine*

Hashim Thaçi, Vorsitzender der Partei des demokratischen Fortschritts im Kosovo

Moderation:

Livia Klingl, Journalistin, „Kurier“

5. November 1999

Anlass war die Präsentation des Buches "Kosovo - Kosova, Mythen Daten Fakten" von Wolfgang Petritsch, Karl Kaser und Robert Pichler. Darin machen die Autoren den Kosovo-Konflikt jenseits aller mythischer Dämonisierung und Heroisierung des Balkan anhand von Daten und Fakten der gesamtjugoslawischen Geschichte nachvollziehbar.

Kernthema war die Frage, auf welche Weise die internationale Gemeinschaft in Kooperation mit den Kosovo-Konfliktparteien im Nachkriegs-Kosovo eine neue Basis der Toleranz in einer multiethnischen Gesellschaft schaffen kann. Während innerhalb der Europäischen Union in den 10 Jahren nach dem Fall der Berliner Mauer relevante Integrationsprozesse stattgefunden haben, war gerade der Balkanraum in dieser Zeit geprägt von Desintegration und Ethnonationalismus. Obwohl Petritsch auch in Westeuropa Regionalismustendenzen ortete, habe das Zusammenwachsen innerhalb der EU doch den Vorteil, unter demokratischen Bedingungen abzulaufen.

In Südosteuropa ist eine wirkliche Wende zur Demokratisierung jedoch nicht gelungen. So gab es etwa in Ex-Jugoslawien keinen Elitenwechsel wie in vielen osteuropäischen Ländern. Petritsch wies außerdem auf Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft hin. Im Dayton-Abkommen etwa blieb der Kosovo unerwähnt. Dejan Anastasijević betonte, dass sowohl die Medien als auch die internationale Gemeinschaft den sich abzeichnenden Kosovo-Konflikt erst viel zu spät zur Kenntnis genommen hätten. Und nach Kriegsende, so Anastasijević, fühlten sich sowohl die UCK, als auch Serbien, als auch die NATO als Sieger. Der Konflikt, so warnte er, wäre also noch nicht endgültig beigelegt. Umso zentraler ist heute das Bemühen um seine politische Lösung, die allen anderen Völkern auf dem Balkan als Leitlinie gelten wird. Westeuropa müsse verstehen, wie sehr eine kluge und sorgfältige

Beilegung des Konflikts und die Förderung demokratischer Verhältnisse im Kosovo von gesamteuropäischem Interesse sind.

„Ein erfolgreiches internationales Engagement im Kosovo wird daran zu messen sein, inwieweit es gelingt, die Rückkehr Vertriebener zu garantieren und im Kosovo wieder eine multiethische Gesellschaft zu installieren.“ Auf der Suche nach einer politischen Lösung darauf zu verzichten, hält Petritsch für einen "ganz schweren Fehler der internationalen Gemeinschaft". Die Vertreibung von Kosovo-Serben und Roma aus dem Kosovo nach Kriegsende sei inakzeptabel. Dem Bestreben, am Balkan "ethnisch reine Staaten" zu etablieren, müsse aufs Schärfste entgegengetreten werden. Eine in diesem Sinne positive Lösung des Kosovo-Problems hat in ihrer Signalwirkung für den gesamten Balkan größte Bedeutung. Gerade für eine Minderheit wie die Roma, die am ganzen Balkan äußerst gefährdet sind, ist sie von allergrößter Bedeutung.

Weiters wurde in der Diskussion betont, wie sehr es für die Integration Südosteuropas wesentlich ist, dass sich die Politik der internationalen Gemeinschaft von einer reaktiven in eine aktive Politik wandelt, die verstärkt Schritte wie die Durchsetzung des Stabilitätspakts setzt. Für Petritsch wäre auch denkbar, eine sektorale Integration zu forcieren - etwa durch Einführung einer südosteuropäischen Euro-Zone - und im Gegenzug von Kosovaren und Montenegrinern die Zurückstellung ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen einzufordern. Anastasijević betonte, dass den Völkern des Balkan klar gemacht werden müsse, dass sie Hilfe brauchen, während man in Westeuropa aufhören möge, den Balkan als Europas Dritte Welt zu sehen, von der man sich möglichst separiert.

Obwohl er sich optimistisch über die künftige Koexistenz im Kosovo zeigte, betonte Hashim Thaçi dass trotz der Gründung der PPK/Partei des demokratischen Fortschritts im Kosovo und der Umwandlung der UCK in eine Polizeieinheit der Aufbau von zivilen Institutionen und der Verwaltung noch lange nicht abgeschlossen sei. Es gebe jedoch den Willen, mit den Vereinten Nationen am Aufbau politischer Strukturen zusammenzuarbeiten. Bei der Durchführung von Wahlen gebe es zwar noch Schwierigkeiten, aber, sagte Thaçi, aber er hoffe, dass Ende Frühjahr 2000 gewählt werden könnte.

Petritsch verteidigte dann den Vertrag von Rambouillet, der zwar von den serbischen Verhandlern nicht unterschrieben wurde, in dem es aber gelungen sei, die albanische Seite dazu zu bewegen, ihre militärische Widerstandsbewegung zugunsten einer politischen Konfliktbeilegung aufzulösen. Auf die Frage, warum die UCK - im Gegensatz zu Organisationen wie der PKK oder der früheren PLO - vom Westen so rasch als

Verhandlungspartner akzeptiert wurde, verwies Petritsch darauf, dass die UCK ein relevanter Teil des Widerstands gegen die serbische Staatsmacht gewesen ist und dass deren Teilnahme an den Verhandlungen in Rambouillet deswegen für notwendig und gerechtfertigt erachtet wurde.

Österreich, war man sich einig, könne sowohl im wirtschaftlichen und kulturellen als auch im wissenschaftlichen Bereich wichtige Beiträge zur Lösung des Kosovo-Problems leisten.